



Leitartikel

von Reinhard Göweil

Mehr als ein Vertrag

Der tschechische Präsident hat getan, was er versprochen hat, und den Lissabon-Vertrag unterzeichnet. Die britischen Konservativen haben – wohl auch nicht ohne Erleichterung – ihre angekündigte Revolte gegen diesen Vertrag abgeblasen.

Den europäischen Bürgern, um deren Nähe sich die EU so bemüht, wird das Spektakel reichlich gekünstelt vorkommen. Römische Verträge, Maastricht-Vertrag, Vertrag von Nizza, jetzt der Lissabon-Vertrag. Da kann man schon leicht die Übersicht verlieren, und den meisten ist dies wohl auch längst passiert.

Richtig ist zudem, dass die EU ja auch bisher funktioniert hat, was soll sich also ändern? Nun, eine der interessantesten Änderungen ist sicherlich die beginnende Verzahnung von nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament. Gewählte Mandatäre mehrerer Länder können künftig das EU-Parlament zwingen, sich mit einer bestimmten Materie zu befassen.

Das wird die Präsenz von in Österreich gewählten EU-Parlamentariern im Hohen Haus in Wien eindeutig erhöhen, ebenso die Kooperation von nationalen Parlamenten. Das wird den Polit-Tourismus erhöhen, werden rechte Populisten einwenden – stimmt.

Es wird aber auch das derzeit (vermutlich nicht nur in Österreich) inexistente Verständnis zwischen den Parlamenten fördern. Und das ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine Bewältigung der Zukunftsaufgaben Europas. Das klingt geschwollen, ist es aber nicht. Bei der Bewältigung der Wirtschaftskrise ist in Wien zu hören: Das können wir nicht machen, das ist EU-Recht. Und in Strassburg war jüngst von Kommissionspräsident Barroso mehrmals zu hören: Gegen die Arbeitslosigkeit kann die EU nicht mehr machen, das ist Sache der Mitgliedstaaten.

Diese Sätze offenbaren, dass es in Europa an Verbindungsgliedern fehlt, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Und wenn die Kooperation von Parlamentariern verschiedener EU-Länder auch nur einem Arbeitslosen einen Job verschafft, dann hat sich der Lissabon-Vertrag gelohnt. Die Wirtschaft ist grenzüberschreitend vernetzt. Die Vernetzung der Politik ist daher überfällig.

Alle Beiträge dieser Rubrik unter: www.wienerzeitung.at/leitartikel
leitartikel@wienerzeitung.at

Drohung aus Russland



Karikatur: „Wiener Zeitung“/Daniel Jokesch

■ Gastkommentar von Christian Felber

Ein demokratischer Bildungskonvent ist nötig



Den Studierenden ist dafür zu danken, dass sie zur Eigenverantwortung schreiten und sich aktiv für die Öffnung, Demokratisierung und bessere finanzielle Ausstattung der Unis einsetzen. Ein attraktives und chancengleiches Bildungssystem ist ein wichtiges Element der Demokratie.

Österreich ist steinreich und könnte sich ein demokratisches Bildungssystem sehr viel leichter leisten als die meisten Staaten dieser

gleich: Für die Hochschulen gibt die Regierung 2,8 Milliarden oder 1,1 Prozent des BIP aus. Dass das nicht das maximal Mögliche ist, zeigen mit Österreich vergleichbare Länder wie Finnland oder Schweden, denen die Hochschulen fast 2 Prozent des BIP wert sind, Kanada sogar 2,4 Prozent. Österreich ist nicht nur bildungsskeptisch, der Trend geht noch in die Gegenrichtung: 2000 waren es noch 1,1 Prozent des BIP, 2007 nur noch 1,06 Prozent. Mit den 34 zusätzlichen Millionen sind es jetzt 1,07 Prozent.

Wie viel Reichtum vorhanden wäre, zeigte die Nationalbank letzte Woche: Allein die Finanzvermögen der Privathaushalte sind in Österreich heuer weiter auf 429 Milliarden Euro angewachsen. Eine Steuer von 0,3 Prozent auf diese Vermögen würde ausreichen, um das Hochschulbudget um 50 Prozent aufzupeppen. Auch die Einbeziehung aller Kapitaleinkommen unter die Einkommenssteuer würde viele Milliarden an zusätzlichen Steuern einspielen. Oder die Wiedereinführung der Erbschaftsteuer auf Erbschaften von mehr als 500.000 Euro. Heute zahlen die Multimillionäre und Milliardäre weder Vermögenssteuer noch Erbschaftsteuer.

Dass sich Österreich eine bessere finanzielle Hochschulausstattung nicht leisten könne, ist also ein Mythos. Doch in seiner Rede „Projekt Österreich“ sprach Josef Pröll vor zwei Wochen Klartext: „Wir brauchen keine zusätzlichen Steuern.“ Die Regierung will nicht. Dabei sollte sie den Studierenden dankbar sein für deren Engagement. Seit Jahr und Tag wird die Politikverdrossenheit der Bevölkerung beklagt, und

„Wache Politiker sollten die Gunst der Stunde für eine echte Alternative nutzen: ein Konvent für den gesamten Bildungssektor.“

wenn sie sich endlich regt und Gestaltungswillen anmeldet, wird sie schroff abserviert. Wache Politiker sollten die Gunst der Stunde nutzen und eine echte Alternative schaffen: einen Bildungskonvent, an dem nicht nur die Betroffenen der Hochschulbildung, sondern des gesamten Bildungssektors teilnehmen und Werte, Inhalte und Finanzierung des demokratischen Kernguts Bildung neu festlegen. ■

Christian Felber ist freier Publizist und Mitbegründer von Attac Österreich.

gastkommentar@wienerzeitung.at

Obenstehender Gastkommentar gibt ausschließlich die Meinung des betreffenden Autors wieder und muss sich nicht zwangsläufig mit jener der Redaktion der „Wiener Zeitung“ decken.

Zitate zum Mittwoch

„Jetzt haben wir eine klare Rechtslage und stehen kurz vor der Ratifizierung durch alle 27 Mitgliedsländer.“

Der amtierende Ratspräsident
Fredrik Reinfeldt zum EU-Vertrag

„Jedem, auch ihm, war völlig klar, dass der EU-Reformvertrag nichts an der Wirkung der Benes-Dekrete bewegt hätte.“

Tschechiens Ex-Außenminister
Karel Schwarzenberg über
Staatspräsident Vaclav Klaus

„Wir sind entschlossen, mit allen Mitteln diesen Schandfleck der Korruption von unserem Boden zu tilgen.“

Afghanistans Präsident
Hamid Karzai

„Unsere tapferen Mujaheddin haben es geschafft, den gesamten Prozess zu stören.“

Die Taliban sind zufrieden, dass es in Afghanistan nicht zur Stichwahl kommt

„Ich würde den Weg zu Neuwahlen nicht scheuen, sollte sich die Regierungskoalition auflösen – diese Möglichkeit ist jedoch absolut auszuschließen, weil die Koalition durchaus solide ist.“

Italiens Premier
Silvio Berlusconi

„Die Straflust der Richter ist größer als jene der Laien.“

Alois Birkbauer,
Universitätsprofessor für
Strafrechtswissenschaften

„Ich kann nicht mehr wie ein 25-Jähriger.“

Extrembergsteiger
Reinhold Messner

„Das lange Zeit lächerlich teure London ist für ausländische Besucher erschwinglicher geworden.“

Reiseführer „Lonely Planet“

■ Irrgänge

Wir Weltoffenen

Fortschritt passiert. Hierzulande bekanntlich in Lichtgeschwindigkeit. Und wenn's mal ein bissi dauert – dann nur, weil wir Harmonie schätzen und am Kompromiss feilen. Beispiel: Homo-Ehe.

Da also sorgt ein Entwurf für Freude. Na gut – bis auf Punkte wie den, dass diese Partner nur aufs Magistrat dürfen. Aber bei unserer Weltoffenheit lässt sich da sicher noch was machen. Vermutlich durch eine konziliante Lösung wie:

1.) Homo-Ehen sind doch am Standesamt eintragbar – wenn pro Eintrag ein männliches und ein weibliches Paar erscheinen und dann die Sitzordnung Mann-Frau-Mann-Frau beherzigen.

2.) ... wenn homophobe Beamte dabei die Augen schließen und laut „Lalalala!“ singen dürfen.

3.) ... ganz ohne wenn und aber! Weil das Magistrat nämlich künftig per Gesetz für solche Anlässe als Standesamt gilt. **Christoph Irrgeher**

satire@wienerzeitung.at

■ Boberskis Limerick

Ja, ist es denn wirklich zu fassen?
Fu Long wird uns demnächst verlassen!
Schönbrunn steht verwaist,
wenn der Panda verweist.
Doch kurz lockt er hin noch die Massen.